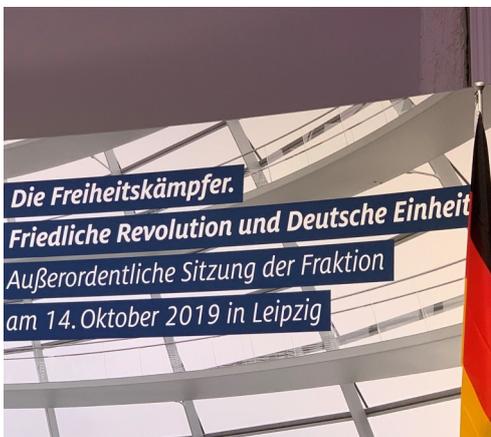


# Die Woche im Bundestag



## Leipziger Aufruf zu 30 Jahre Friedliche Revolution



Vor 30 Jahren haben die Menschen in der DDR mit Zivilcourage und Freiheitswillen die Mauer zum Einsturz gebracht und die SED-Diktatur beendet. Um die besondere

Rolle Leipzigs während der Friedlichen Revolution zu würdigen, haben wir uns dort am 14. Oktober 2019 zu einer außerordentlichen Fraktionssitzung getroffen. Wir ehrten damit die vielen Menschen, die bei den Gebeten in Kirchen und mit ihren Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 das Ende der DDR eingeläutet haben. Die Revolution, die auch und gerade von Leipzig ausging, war ohne einen Tropfen Blut erfolgreich. Sie ist eine Gnade und ein Glück in der Geschichte unseres Volkes. Sie ist Grund großer Freude für uns alle.

Wir sehen uns den mutigen Bürgern von 1989 verpflichtet. Wir in der Union standen immer für die Deutsche Einheit ein, heute arbeiten wir an der inneren Einheit. Dazu gehört für uns eine fortgesetzte und intensive Aufarbeitung des SED-Unrechts und eine Unterstützung der Opfer. Zudem sprechen wir uns für einen besseren Zugang zu den Archiven des Unrechts aus und wollen Licht ins Dunkel der Zwangsadoptionen in der DDR bringen. Dies haben wir in unserem „Leipziger Aufruf“ bekräftigt. In Leipzig wurde Weltgeschichte geschrieben. Daher zollen wir den Menschen Respekt und Anerkennung, die in den vergangenen 30 Jahren vieles an Veränderungen zu ertragen hatten und ihr Leben neu gestalten mussten.

## Antisemitismus mit starkem Staat bekämpfen

Voller Abscheu verurteilen wir den Anschlag auf jüdisches Leben in Halle am 10. Oktober 2019 und die dahinter-



stehende Weltanschauung. Wir haben der beiden Todesopfer zu Beginn unserer Plenarsitzung gedacht (*Foto*), ihren Familienangehörigen gehört unser Mitgefühl. Den Verletzten gelten unsere besten Genesungswünsche.

Es ist eine bittere Feststellung: Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland müssen weiterhin besonders vor Übergriffen und Gewalt geschützt werden. Uns in der Union lässt das nicht ruhen, wir nehmen es nicht hin. Wir werden mit einem starken Staat gegen Antisemitismus vorgehen, egal von wem er ausgeht. Es ist zu begrüßen, dass die Innenminister des Bundes und der Länder ihren Kampf gegen den Antisemitismus und gegen die Milieus, aus denen heraus und in denen er lebt, intensivieren.

Die Innenpolitiker der Unionsfraktion beschäftigen seit längerem intensiv mit dieser Bedrohung. Mögliche Maßnahmen könnten Melde- und Auskunftspflichten für Plattformbetreiber bei strafbaren Hasspostings sein. Die Ermittlungsbehörden müssen zudem verschlüsselte Messengerdienste einsehen können. Auch über Mindestspeicherfristen von Daten und eine Verbesserung des Waffenrechts muss man sich unterhalten.

## Grundsteuerreform



Fritz Güntzler MdB

Was lange währt, wird endlich gut. Die Kommunen haben jetzt Planungssicherheit zu einer ihrer bedeutendsten Einnahmequellen.

Wichtig ist uns, dass das neue Grundsteuerrecht

möglichst einfach ist. Deshalb muss das Ziel sein, dass mittelfristig so viele Daten wie möglich – wie zum Beispiel Bodenrichtwerte, Grundstücksgrößen und Baujahr – von der Finanzverwaltung automatisch zur Verfügung gestellt werden. Dauerhaft ließe sich so eine vorausgefüllte Steuererklärung realisieren.

Die länderspezifische Öffnungsklausel ist wichtig, damit regionale Verwerfungen wie z.B. in Stadtstaaten und Flächenländern, Ballungszentren und ländlichen Räumen verhindert werden können. Für Steuerpflichtige in Ländern, die von der Öffnungsklausel Gebrauch machen, muss sichergestellt sein, dass es nicht zu Zweifacherklärungen – einmal

zum Zwecke der Grundsteuer und einmal zur Berechnung des Länderfinanzausgleichs – kommen darf.

Außerdem konnten wir einen Abschlag für Denkmäler erreichen, damit der Denkmalschutz weiterhin im Grundsteuerrecht gewürdigt wird.

Um steigende Steuereinnahmen und damit verbunden höhere Mieten zu vermeiden, werden wir bis zur erstmaligen Anwendung des neuen Grundsteuerrechts am 1. Januar 2025 die Steuermesszahl anhand der dann tatsächlichen Berechnungen noch einmal evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

Über das Thema hinaus zeigt das Gesetzgebungsverfahren, dass unsere Demokratie funktioniert. Ein



Dank gilt auch der FDP und den Grünen, die sehr sachorientiert mitberaten und eine gemeinsame Zustimmung angekündigt haben.

## Bäuerliche Landwirtschaft sichert Welternährung



„Noch immer leiden über 800 Millionen Menschen weltweit an Hunger und chronischer Unterernährung. Das ist mehr als jeder zehnte

Mensch auf der Welt und eine erschreckend hohe Zahl. Die wachsende Weltbevölkerung, die Auswirkungen des Klima-

wandels auf die Umwelt und der Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen durch Bodenerosion oder Flächenversiegelungen können die Situation weiter verschärfen.

Die Kernaufgabe der Landwirtschaft ist und bleibt daher zuallererst Lebensmittel für die Menschen zu erzeugen. Um den Hunger in der Welt zu bekämpfen, brauchen wir daher eine starke bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft. Gleichzeitig sind international verlässliche Rahmenbedingungen für den Agrarhandel und Investitionen in die Agrarwirtschaft unabdingbar.“

Erklärung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Albert Stegemann**, zum Welternährungstag der Vereinten Nationen am vergangenen Mittwoch.

## Mit Bürokratieentlastungsgesetz Milliarden einsparen



**Schluss mit Erbsen zählen!**

**Bürokratie abbauen.**

**Mittelstand entlasten.**

CDU/CSU

Der Entwurf für das dritte Bürokratieentlastungsgesetz umfasst Maßnahmen, die Wirtschaft, Bürger und Verwaltung um rund 1,1 Milliarden Euro pro Jahr entlasten soll. Dazu gehören u.a. die Einführung einer elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, eine Erleichterung bei der Archivierung elektronisch gespeicherter Steuerunterlagen, ein digitales Meldeverfahren im Beherbergungsgewerbe sowie Entlastungen für Kleinunternehmer.

## Die Woche im Parlament



Deutscher Bundestag

**Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b).** In 2./3. Lesung beschlossen wir eine Änderung des Grundgesetzes,

um dem Bund ausdrücklich die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer zu übertragen. Um den Ländern die Befugnis zu umfassenden abweichenden landesrechtlichen Regelungen zu gewähren, wird den Ländern für die Grundsteuer das Recht zu abweichenden Regelungen nach Artikel 72 Absatz 3 GG durch eine Öffnungsklausel eingeräumt.

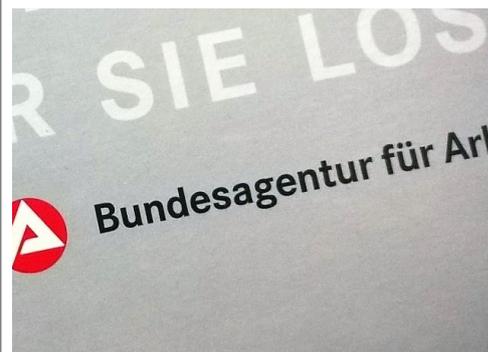
**Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz).** Wir beschlossen eine Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in 2./3. Lesung. Die Grundsteuer wird als verlässliche Einnahmequelle der Kommunen erhalten, deren Erhebung gleichzeitig weitgehend automatisiert wird. So führen wir ein zukunftsfähiges, einfach, transparent und nachvollziehbar ausgestaltetes Verwaltungsverfahren für die Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ein.

**Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung.** Wir haben für Gemeinden die Möglichkeit eines erhöhten, einheitlichen Hebesatzes auf baureife Grundstücke in 2./3. Le-

sung geschaffen. Sie erhalten damit die Möglichkeit, über die Grundsteuer einen finanziellen Anreiz zu schaffen, die baureifen Grundstücke einer sachgerechten und sinnvollen Nutzung durch Bebauung zuzuführen und so eine rein finanzielle Nutzung der Grundstücke als Spekulationsobjekte zu verringern.

**Gesetz zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungsgesetz).** Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Reform um das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes zu stärken. Insbesondere folgende Leistungsverbesserungen sind vorgesehen: eine Erhöhung der Wohngeldleistung zum 1. Januar 2020, die Einführung einer neuen Mietenstufe VII sowie eine regional gestaffelte Anhebung der Miethöchstbeträge. Des Weiteren wird eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt, wodurch das Wohngeld künftig alle zwei Jahre an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst wird. Dadurch bleibt die Leistungsfähigkeit des Wohngeldes erhalten. Von der Wohngeldreform werden rund 660.000 Haushalte profitieren, insbesondere Familien und Rentnerhaushalte.

## Daten und Fakten



**Wieder mehr Erwerbstätige in Normalarbeitsverhältnissen.**

70,3% der Kern-erwerbstätigen in Deutschland waren 2018 in einem Normal-

arbeitsverhältnis angestellt, also sozialversicherungspflichtig, unbefristet mit mindestens 21 Wochenstunden und nicht in Zeitarbeit tätig. Der Anteil der Beschäftigten in einem solchen Normalarbeitsverhältnis liegt damit erstmals seit 2002 wieder über der Marke von 70%. In den Jahren zuvor war der Anteil rückläufig mit einem Tiefstand von 65,4% im Jahr 2007.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

Bildnachweis:  
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.